

Grüne Positionen zur Haushaltskrise in Braunschweig

Oberstes Ziel grüner Kommunalpolitik ist der Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger in Braunschweig. Lebensqualität ergibt sich aus der Gesamtheit der hier vorhandenen Angebote einschließlich ihrer Wechselwirkungen und den Möglichkeiten zur Teilhabe daran für alle Einwohnerinnen und Einwohner. Aus grüner Sicht ist es gerade auch in Zeiten einer schwierigen Haushaltssituation wichtig, an diesem Ziel festzuhalten.

Eine solche schwierige Haushaltssituation liegt im Moment zweifellos vor: Aufgrund der Krise bei Volkswagen sinken auch in Braunschweig die Gewerbesteuerereinnahmen in größerem Umfang ab und wir stehen vor der Notwendigkeit, diese Einnahmeausfälle zu kompensieren. Dies kann durch Einsparungen und Einnahmesteigerungen erfolgen.

Um ein „Kaputtsparen“ wichtiger Institutionen und Angebote in der Stadt mit der Folge eines nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Schadens zu vermeiden, haben wir Kriterien entwickelt, nach denen wir ggf. Vorschläge der Verwaltung und der anderen Fraktionen beurteilen und unsere eigenen Vorschläge gestalten werden.

A - Grundsätzliches

Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass jeder Haushaltsplan nach dem Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit aufgestellt wird und grundsätzlich auch dauerhaft ausgeglichen sein muss. Dieser Grundsatz ist jedoch im Einzelfall abzuwägen gegen negative Folgen für die Stadt, die ggf. durch einen vorübergehenden Verzicht auf den Haushaltsausgleich vermieden werden können.

Kriterien für alle Sparmaßnahmen

Deshalb sind unsere generellen Prüffragen:

- Welche Auswirkungen hat die jeweilige Sparmaßnahme für die nachhaltige Entwicklung der Stadt?
- Kann eine Ausgabe ohne großen Schaden für den jeweiligen Bereich verschoben oder vorübergehend gekürzt werden und falls ja, um welchen Zeitraum?
- Wiegt der Beitrag zum Erreichen des Haushaltsausgleichs im jeweiligen Einzelfall höher als die gesellschaftlichen oder auch mittelfristigen finanziellen Folgewirkungen der Sparmaßnahme?

Generell stellen wir fest:

- Eine Kürzung mit dem Rasenmäher, wie in früheren Sparrunden passiert, lehnen wir entschieden ab. Jede einzelne Maßnahme muss auf die jeweiligen konkreten Auswirkungen geprüft werden.
- Dies gilt auch für generelle Einstellungsstopps oder befristete Wiederbesetzungssperren von Personalstellen in der Stadt. Insbesondere im Sozial, Kinder- und Jugendbereich, dem Baubereich und Bereichen mit hohem Publikumsverkehr muss von diesen Instrumenten abgesehen werden.
- Angebote so genannter „freier Träger“ sind für uns gleichrangig mit eigenen Angeboten der Stadt selbst.
- Auch in Haushaltsresten enthaltene Projekte stehen auf dem Prüfstand.

Kriterien für Investitionsmaßnahmen

Bei den Investitionen gibt es etliche Bereiche, in denen Einsparungen kurz- und mittelfristig negative Folgen und zum Teil sogar noch größere spätere Ausgaben hervorrufen. Deshalb stellen wir fest:

- Alle bereits begonnenen Investitionsmaßnahmen sollen auch fertig gestellt werden.
- Grundsätzlich unverzichtbare Investitionsmaßnahmen (z.B. Schulsanierungen), bei denen absehbar ist, dass sie teurer werden, je länger man abwartet, sollen nicht hinausgeschoben werden.

B - Zukunftsprojekte fortführen

Selbstverständlich ist es auch eine politische Frage, wo inhaltliche Erweiterungs- oder auch Kürzungsschwerpunkte gesetzt werden und wo nicht. Bündnis 90/ Die Grünen setzen hier folgende Schwerpunkte:

Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe wahren!

Beliebtes Ziel von Sparvorschlägen sind die so genannten „freiwilligen Leistungen“, das sind grundsätzlich alle nicht gesetzlich vorgeschriebenen Ausgaben. Da jedoch insbesondere im Sozial-, Kinder-, Jugend- und kulturellem Bereich darüber gesellschaftlich notwendige Aufgaben erfüllt werden, ist auch hier die Frage der Nachhaltigkeit für uns wesentliches Prüfkriterium.

- Einsparungen auf dem Rücken von sozial Schwachen und Benachteiligten der Stadtgesellschaft werden wir nicht mittragen.
- Ebenso lehnen wir Kürzungen von präventiven, nicht gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen im Kinder- und Jugend – und Sozialbereich, bei denen langfristig erhebliche negative Folgewirkungen entstehen würden, ab.
- Auch in Zeiten knapper Finanzen muss der Plan für den inklusionsgerechten Ausbau von Einrichtungen weiterbearbeitet werden.
- Die Einrichtung eines neuen soziokulturellen Zentrums am Westbahnhof steht nicht zur Disposition.

Flüchtlinge integrieren!

- Eine weitere große Aufgabe stellt die Integration von Flüchtlingen dar. Hier müssen wir alles tun, was nötig ist, um den Menschen, die dauerhaft in Braunschweig bleiben, dabei zu helfen, möglichst schnell auf eigenen Beinen stehen zu können. Investitionen in diesem Aufgabenbereich zahlen sich schon in wenigen Jahren aus!

Stadtentwicklung fortführen!

Keinesfalls dürfen begonnene Planungsprozesse der Stadtentwicklung zurückgefahren oder eingestellt werden. Dies betrifft alle Bereiche. Gerade vorausdenkende Planung sichert die Zukunft unserer Stadt. In der letzten Zeit wurden wieder einige große Zukunftsprojekte angestoßen, die wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt sind:

- Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, das mit der Aktion „Denk Deine Stadt“ erfolgreich angelaufen ist.
- Das Stadtbahnausbaukonzept.
- Die Entwicklung des Wohnungsmarktes.

Hier müssen die aktuellen Planungen und die Schaffung neuen Baurechts unvermindert weiter gehen.

Bildungsausgaben sind wichtige Zukunftsausgaben!

Der Bildungsbereich von der frühkindlichen Bildung, über den schulischen Bereich bis hin zur außerschulischen und Erwachsenenbildung ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft unserer Gesellschaft. Hier liegt eindeutig ein Schwerpunkt der Stadtentwicklung und wir werden in der Zukunft in diesen Bereich mehr investieren müssen als bisher.

- Ein Verzicht auf den weiteren Ausbau der Schulkindbetreuung und der Ganztagschulen würde uns schon bald teuer zu stehen kommen.

C – Richtig sparen – Einnahmen erhöhen

An dieser Stelle sollen einige Beispiele für Sparvorschläge von Grünen exemplarisch angeführt werden:

- Bei neuen Investitionsprojekten werden wir sehr genau unterscheiden, was jetzt zwingend notwendig ist oder was ohne größere Probleme in die Zukunft geschoben werden kann.
- Verzicht auf den Abriss und anschließenden Neubau eines Parkdecks an der Stadthalle, der nach den aktuellen Planungen für den Neubau eines Kongresshotels erforderlich wäre. Alleine

dadurch ließen sich Kosten von 4 Mio. € einsparen.

- Verzicht auf den Bau einer neuen Abfertigungshalle am Flughafen.
- Der städtische Zuschuss von jährlich 250.000€ für das Schlossmuseum, das sich als Fehlplanung herausgestellt hat und kaum Besucher anlockt, muss neu verhandelt werden.

Luft nach oben sehen wir durchaus auch auf der Einnahmeseite.

- So ließe sich z.B. die Grundsteuer B moderat anheben, ohne dass negative Auswirkungen auf die weitere Entwicklung z.B. auf dem Wohnungsmarkt zu erwarten wären.
- Auch über eine Anhebung der Parkgebühren ließen sich Einnahmen erzielen.
- Die Steuer für Geldspielautomaten hat noch Spielraum.
- Die durchaus noch erheblichen finanziellen Rücklagen der Stadt sind vorrangig für den Haushaltsausgleich zu nutzen.